

Deutsch fördern – statt erzwingen

Umstrittene Massnahme Eine Deutschpflicht an der Kreisschule Reinach-Leimbach im Kanton Aargau sorgt schweizweit für Diskussionen. In der Region Basel setzen die Schulen auf Freiwilligkeit.

Lea Buser

Im aargauischen Reinach muss auf dem Pausenplatz seit neuestem Deutsch oder Schweizerdeutsch gesprochen werden, andere Sprachen sind für die Schülerinnen und Schüler tabu. Eine Regelung, die für Schlagzeilen sorgte und die Meinungen teilte. Die Verständigung unter den Schülerinnen und Schülern ist auch in Basel ein Thema – was angesichts der Statistiken nicht überraschend ist: Im Jahr 2021 sprachen knapp über die Hälfte der Basler Primarschülerinnen und -schüler eine andere Erstsprache als Deutsch. Rund 20 Prozent davon sprechen primär Türkisch oder Kurdisch.

Ein Appell, kein Verbot

Eine kantonale Deutschpflicht für die Pause gibt es in Basel dennoch nicht, sagt Simon Thiriet, Mediensprecher des Erziehungsdepartements Basel-Stadt. «Da aber auch die Pause zum Schulalltag gehört, kann es Situationen geben, in denen Deutsch gefordert oder zumindest gefördert wird.» Dies geschehe beispielsweise dann, wenn in einer bestimmten Situation auf dem Pausenplatz den Schülern erklärt werde, dass man sich auf Deutsch unterhalten könne, damit auch andere Kinder verstehen, worum es gehe.

In anderen Gemeinden klingt es ähnlich. In Allschwil beispielsweise ist eine Deutschpflicht auf dem Pausenplatz «kein Thema», sagt Martin Münch, Rektor der Primarstufe Allschwil, auf Anfrage. Obwohl die Schule von vielen fremdsprachigen Kindern besucht werde, sei es «nicht ange-



Auf Basler Pausenplätzen werden allerhand Sprachen gesprochen. Kinder rennen zum Schulhaus Gottfried Keller in Basel. Foto: Georgios Kefalas (Keystone)

dacht, dass wir die Sprachenvielfalt auf dem Pausenplatz einschränken werden».

Auch Jean-Michel Héritier, Präsident der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt, erachtet eine Deutschpflicht nicht als die sinnvollste Methode, um die hiesige Landessprache zu fördern. Es sei zwar wichtig, dass es eine Sprache gebe, mit der die Kinder

kommunizieren könnten. «Man darf aber auf keinen Fall verbieten, dass Kinder an gewissen Orten ihre Erstsprache anwenden dürfen», sagt Héritier. Überdies sei die Durchsetzung eines Verbots kaum zu kontrollieren.

Regelungen müssten den Kindern einleuchten, sagt Héritier. Nur so sei es realistisch, dass sie diese auch freiwillig umsetzen

würden. Ein Appell, Deutsch zu sprechen, sei daher die geeignetere Variante, als andere Sprachen zu verbieten, findet Héritier.

Als Lehrer spiele er selber deshalb auch nicht die Sprachpolizei, sondern versuche, seine Schülerinnen und Schüler zum Deutschgebrauch im Unterricht zu ermuntern. «Ich spreche sie auf Deutsch an, und wir reflek-

tieren gemeinsam, warum es wichtig ist, dass wir uns alle gegenseitig verstehen», erklärt Héritier. Die Kinder seien vernünftig und würden erkennen, dass es sich hierbei um eine sinnvolle Regelung handelt.

Durchmischte Klassen

Die ehemalige SP-Grossrätin Sibylle Benz hält eine Durchmischung der Klassen für den besten Weg. Vor neun Jahren sorgte Benz mit ihrem entsprechenden Vorstoss national für Aufregung: Sie forderte damals eine Quote von 30 Prozent Kindern mit schweizerdeutscher Muttersprache in jeder Klasse – und dass jeweils nicht mehr als ein Drittel aller Kinder in einer Klasse dieselbe Sprache sprechen. Der Vorstoss wurde damals mit der Begründung abgewiesen, dass die Schulwege durch die Durchmischung zu lang würden. Aus der Sicht von Benz wäre ihr Vorschlag aber nach wie vor eine Lösung, wie sie auf Anfrage mitteilt. «Gerade in Städten, in denen viele verschiedene Sprachen gesprochen werden, ist es wichtig, dass die Klassen durchmischt werden. So ergibt sich automatisch die Situation, dass man miteinander Schweizerdeutsch spricht.»

Die Kreisschule Reinach-Leimbach hält an ihrem Vorhaben fest. Im Januar soll ausgewertet werden, ob die Massnahme fruchtet. Der Aargauer Lehrerinnen- und Lehrerverband spricht sich stattdessen für eine bessere sprachliche Frühförderung aus. In Basel ist dies schon Realität: Der Kanton hat die Frühförderung 2013 eingeführt.